

Medienmitteilung

Mittwoch, 30. Januar 2013

Energiestrategie: Zwei Dekaden Wachstumseinbussen?

Neue ETH-Studie ermittelt massiven Einfluss auf Bruttoinlandsprodukt

Die volkswirtschaftlichen Konsequenzen der bundesrätlichen Energiestrategie 2050 sind gravierender als bisher angenommen. Bleiben heute noch unbekannte Technologiesprünge aus, drohen der Schweiz je nach Szenario Einbussen von bis zu 25 Prozent des realen Bruttoinlandsprodukts. Zu diesem Schluss kommen die Autoren einer Studie, die economiessuisse bei Professor Egger der KOF-Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich in Auftrag gegeben hat. Grund für die markanten Abweichungen von den Prognosen des Bundes ist die Verwendung von anderen Annahmen.

Die Studie geht von einem Ausstieg aus der Kernkraft und einer Ersetzung durch andere Energiequellen aus. Als Alternative kommt z.B. ein Modell mit vollständigem Ersatz durch Gaskraft zur Anwendung. Bezüglich Stromnachfrage gilt das Szenario des Bundes. Um dessen Zielsetzung (Reduktion des Energieverbrauchs pro Kopf um 35 Prozent bis 2035) zu erreichen, wird vom ab 2020 geplanten ökologischen Umbau des Steuersystems bzw. von fiskalisch äquivalenten Massnahmen ausgegangen. Gemäss der vom Bund in Auftrag gegebenen Ecoplan-Studie bedarf es zur Erreichung der Ziele einer Abgabe von 1140 Franken pro Tonne CO₂. Das entspricht einem Aufpreis von 2.75 Franken pro Liter Benzin und drei Franken pro Liter Heizöl.

Neben einer international koordinierten Energiepolitik wurde in den Grundlagenstudien des Bundes auch die Verfügbarkeit heute noch völlig unbekannter Technologien vorausgesetzt. Die Autoren der neuen Studie untersuchten hingegen verschiedene internationale Konstellationen und berücksichtigten keine Technologieanpassung. Die berechneten Effekte sind sehr gross: So führt z.B. eine Kombination der geplanten Abgabe von 1140 Franken pro Tonne CO₂ und dem Ersatz der wegfallenden Kernkraftkapazitäten durch Gaskraftwerke und erneuerbare Energien zu einem Rückgang des realen Pro-Kopf-BIP von über 20 Prozent. Dadurch wäre mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um mindestens 3,5 Prozent zu rechnen, wie eine Schätzung anhand von Daten der Weltbank ergibt. «Der maximale berechnete Effekt auf das reale Einkommen pro Kopf wäre so gross, dass es einen technischen Fortschritt im Ausmass von mehr als zwei Dekaden moderaten Wachstums bräuchte, um diesen zu kompensieren», fasst Professor Egger die Resultate der Studie zusammen.

«Die Grundlagen der Energiestrategie 2050 sind unsolide und volkswirtschaftlich gefährlich. Die Vorlage des Bundesrats führt in eine wirtschaftliche Sackgasse», urteilte Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung von economiessuisse, mit Blick auf die laufende Vernehmlassung. Der Dachverband der Schweizer Wirtschaft kann die Energiestrategie 2050 nicht mittragen, da der vorgeschlagene Mix aus Regulierung, Subventionen, Steuererhöhungen, Planungseingriffen und Bürokratie nicht zielführend sei und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz stark gefährde.

Die Wirtschaft fordert deshalb eine gründliche Überarbeitung der Vorlage in Einklang mit einer liberalen Wirtschaftsordnung. Die Wirtschaft ist weiterhin bereit, konstruktiv und aktiv an einer energiepolitisch sinnvollen und volkswirtschaftlich verträglichen Vorlage mitzuarbeiten. Zur Bewältigung der Energiewende braucht es ein Alternativkonzept, das sich an liberalen Grundsätzen orientiert. Die Wirtschaft wird im Jahresverlauf ihre Vorstellungen präsentieren.

Rückfragen: Roberto Colonnello, Stv. Leiter Kommunikation
Telefon: 044 421 35 50, E-Mail: roberto.colonnello@economiesuisse.ch